

Wirtschaftspolitische Informationen 4/2009

ver.di Bundesvorstand Berlin -
Bereich Wirtschaftspolitik – September 2009
www.wipo.verdi.de



Was droht nach der Wahl?

Stimmung besser als die Lage	2
Massiver Anstieg der Arbeitslosigkeit.....	3
Kosten der Arbeitslosigkeit.....	4
Kollabierende Steuereinnahmen.....	6
Agenda 2020 droht	7
Die Alternative: Steuergerechtigkeit und sozial-ökologisches Umsteuern.....	9

Stimmung besser als die Lage

Deutschland befindet sich wenige Wochen vor der Bundestagswahl in einer merkwürdigen Lage: Mitten in der schwersten Krise seit der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren ist von Alarmstimmung im Lande kaum etwas zu spüren. Nach einer aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Allensbach erwartet zwar knapp die Hälfte der Bevölkerung, dass das Schlimmste der Krise noch bevorsteht – vor allem durch einen massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit und durch Kürzungen von öffentlichen Leistungen. Dennoch sieht nur ein Viertel der Bevölkerung den kommenden Monaten mit Befürchtungen entgegen.

Viele *wollen* sich keine Sorgen machen – eine Form von Selbstschutz!

Insofern haben es zurzeit diejenigen schwer, die verstärkte Maßnahmen gegen die Krise fordern um einer absehbaren Verschärfung der sozialen Bedingungen rechtzeitig und wirkungsvoll entgegenzuwirken.

Zu Recht fordert attac mit der Aktion „Karten auf den Tisch!“ klare Aussagen der Parteien für die Zeit nach der Wahl. Sicher ist, dass der „Kassensturz“ noch aussteht. Von der Regierung wird derweil alles getan, um die Stimmung vor der Bundestagswahl nicht kippen zu lassen. Die Leitlinie scheint zu sein: Vor der Wahl bloß nicht die Folgen wegbrechender Steuereinnahmen diskutieren, keine Ankündigung notwendiger Maßnahmen, nichts über die Auswirkungen auf den Sozialstaat... Am besten gar nicht über die Krise sprechen.

„Krise – welche Krise?“ Das scheint das Motto der Regierung vor der Wahl zu sein.

Dazu passt, dass sich Wirtschaftsminister zu Guttenberg schnell von einem Papier aus seinem Ministerium distanziert hat, das als Reaktion auf die Krise unter anderem eine Rücknahme der Gesetze zu Mindestlohn-Regelungen und weitere steuerliche Entlastungen für Unternehmen bei gleichzeitiger Erhöhung der Mehrwertsteuer vorsah. Die Positionen des Papiers liegen allerdings auf der Linie des Grundsatprogramms der Union. Im Wahlprogramm der CDU und CSU taucht dies alles nicht auf, um unliebsame Diskussionen zu vermeiden.

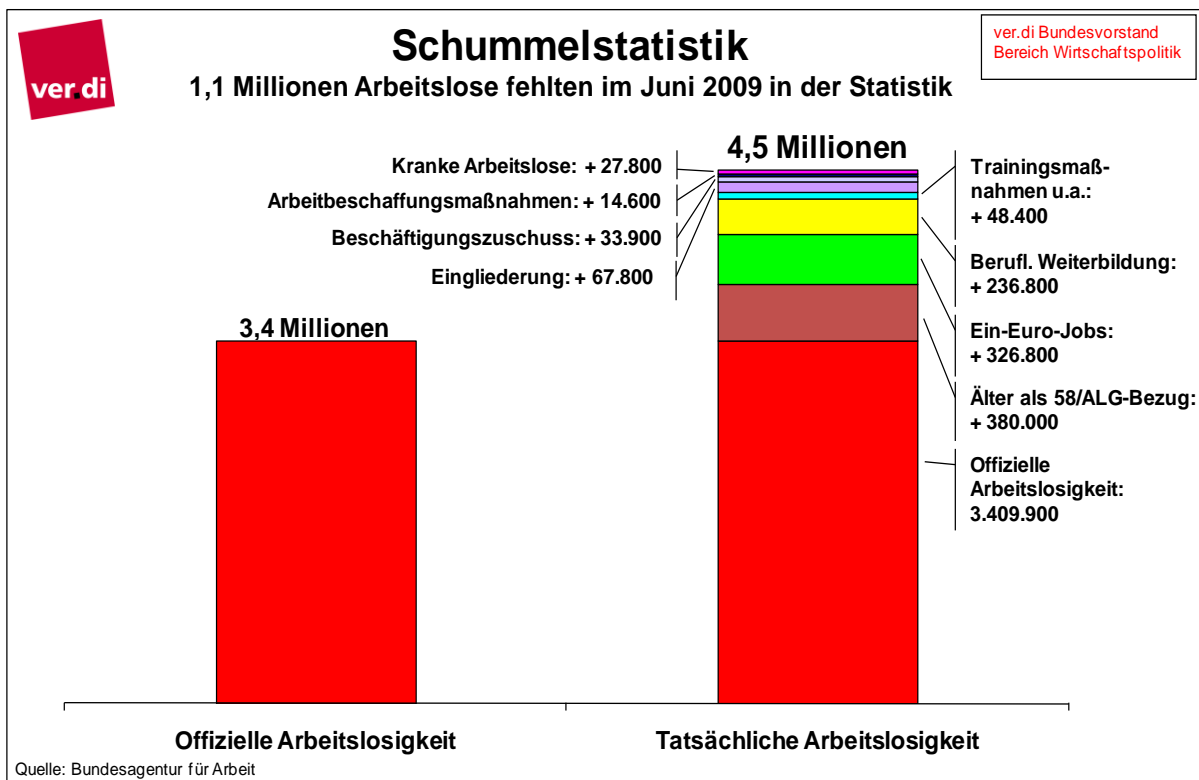
Massiver Anstieg der Arbeitslosigkeit

Ein Hauptgrund für die gute Stimmung dürfte der bislang gering gebliebene Anstieg der Arbeitslosigkeit sein. Im August ist die Zahl der registrierten Arbeitslosen um 9.000 gestiegen. Auf den ersten Blick scheint das wenig. Für einen August ist dies jedoch ein bemerkenswerter Vorgang: Seit 1997 wurde in diesem Monat – erst recht vor Bundestagswahlen – immer ein deutlicher Rückgang der Arbeitslosigkeit gemeldet. Außerdem liegt die Arbeitslosigkeit im August 2009 immerhin um fast 300.000 höher als im August 2008.

Die Zeichen auf dem Arbeitsmarkt stehen auf Sturm.

Die offiziellen Zahlen spiegeln zudem kaum noch die tatsächliche Arbeitslosigkeit wider, da immer mehr Arbeitslose nicht mehr erfasst werden. Ohne Statistiktricks müssten bereits heute über 4,5 Millionen Menschen als arbeitslos gemeldet werden. Die sogenannte „stille Reserve“ ist da noch nicht einmal mitgerechnet, also diejenigen, die sich nicht melden, weil sie sich ohnehin keine Chance ausrechnen.

Die Politik tut derzeit alles, um einen starken Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern – jedenfalls bis zur Bundestagswahl. Wesentliches Instrument ist die Erweiterung des Kurzarbeitergeldbezugs auf bis zu 24 Monate. Dabei werden neuerdings auch die von den Arbeitgebern zu zahlenden Sozialbeiträge weitgehend erstattet. Im



Juni 2009 arbeiteten über 1,4 Millionen Menschen kurz. Die so eingesparte Arbeit entspricht etwa 500.000 Arbeitsplätzen. Entsprechend schützt die Kurzarbeit bisher Hunderttausende vor dem Verlust ihrer Arbeitsplätze. Sie soll eine Brücke bauen, bis die Wirtschaft wieder Tritt fasst und Jobs wieder sicher sind. Allerdings dürfte der Abgrund für viele zu breit zu sein.

Vorerst halten die Unternehmen mit Blick auf die anstehende Bundestagswahl offensichtlich erst einmal still:

Eine Art Stillhalteabkommen zwischen Industrie und Regierung verhindert derzeit einen größeren Arbeitsplatzabbau in Deutschland. Der Pakt gelte bis zur Bundestagswahl am 27. September, erfuhren die Financial Times von mehreren Spitzenmanagern.

„Deutschland ist momentan vor Veränderungen sicher. Aber nach der Wahl wird sich die Botschaft ändern. Das ist ganz normal“, sagte Hakan Samuelsson, Vorstandschef des Dax-Konzerns MAN.

Im Maschinenbau und der Automobilindustrie bestehen weiterhin hohe Überkapazitäten. „Mit Kurzarbeit lässt sich dem nicht beikommen“, sagte der Unternehmer Reinhold Würth.

Financial Times Deutschland, 24. August 2009

Nach der Bundestagswahl drohen Entlassungen im großen Stil. Die Prognosen gehen von fast 4,5 Millionen offiziellen Arbeitslosen im Jahresschnitt 2010 aus. Im Winter 2010/2011 steigt die Zahl möglicherweise auf fast fünf Millionen.

Die Aussichten sind damit alles andere als rosig. Selbst wenn die Konjunktur nicht weiter abstürzt und sich ein Boden bildet, findet dies auf sehr niedrigem Niveau statt. Die Arbeitslosigkeit wird zunächst weiter steigen und damit Einkommen und Konsummöglichkeiten beschneiden. Wenn 2011 nicht nur das Konjunkturpaket II ausläuft, sondern mehr und mehr Menschen nach einem Jahr Bezug von Arbeitslosengeld auf Hartz IV-Niveau abstürzen, droht dies die Krisenspirale nochmals zu verschärfen.¹

Kosten der Arbeitslosigkeit

Die Kosten der steigenden Arbeitslosigkeit für den Bundeshaushalt beziffert die Bundesregierung in ihrem aktuellen Finanzplan auf über 90 Milliarden Euro bis 2013.

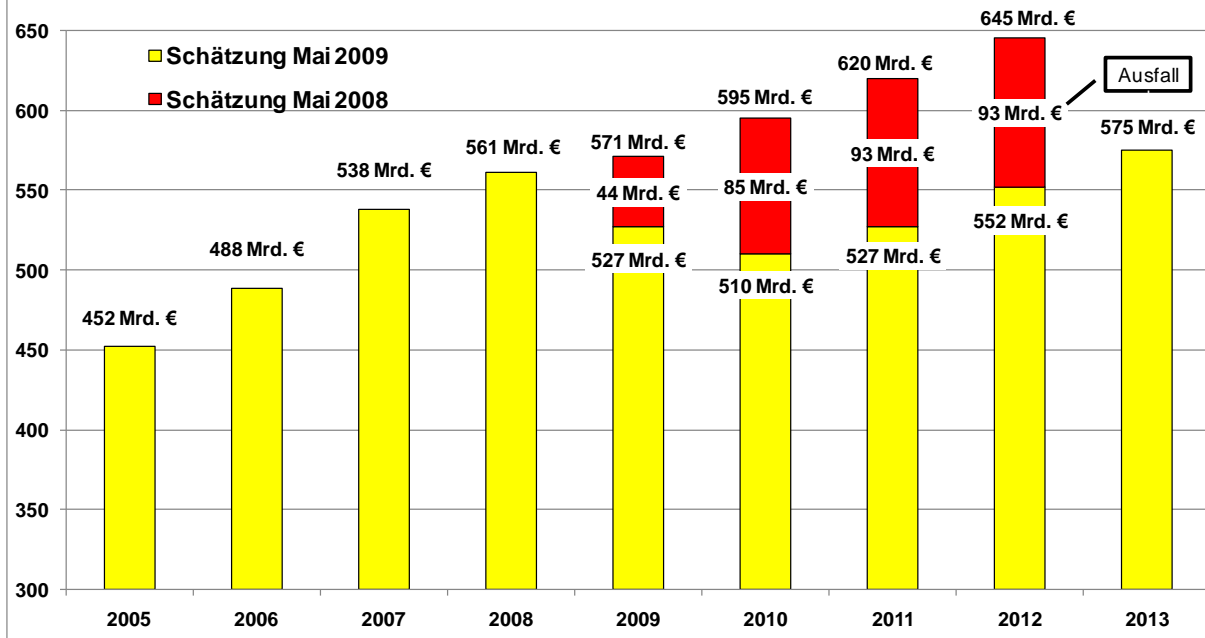
¹ Zur Einschätzung der weiteren konjunkturellen Entwicklung siehe „Vor dem Aufschwung? Wirtschaftliche Situation und Perspektiven“, Wirtschaftspolitische Informationen 3/2009



Über 300 Milliarden Euro weniger

Steuereinnahmen nach Steuerschätzung 2008 und aktueller Schätzung

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik



Dazu gehören Darlehen an die Bundesagentur für Arbeit, Beteiligung an den Kosten der Arbeitsförderung, Grundsicherung für Arbeitssuchende (ALG II) und Beteiligung an den Kosten für Unterkunft. Für die Kommunen werden die Kosten ebenfalls steigen, so dass die Kosten der Arbeitslosigkeit insgesamt mindestens 100 Milliarden Euro betragen.

Mehr als die Hälfte der zusätzlichen Ausgaben müssen aufgewendet werden, um die massiv steigenden Defizite der Bundesagentur für Arbeit (BA) auszugleichen – allein 20 Milliarden Euro in 2010. Denn der Anstieg bei Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit belastet die BA gleich zweifach: Einerseits steigt die Zahl der Menschen, die Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld erhalten, andererseits sinken die Beitragseinnahmen.

Die Kosten der steigenden Arbeitslosigkeit werden sich bis 2013 auf über 100 Milliarden Euro summieren.

Damit wird die Kurzsichtigkeit der Politiker deutlich, die den Beitrag der Arbeitslosenversicherung in mehreren Schritten von 6,5 Prozent auf 2,8 Prozent gesenkt haben. Zu allem Überflus haben sie gesetzlich festgeschrieben, dass der Beitragssatz bis Ende 2010 nicht erhöht werden darf – komme was wolle. Die Zeche zahlen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, während sich die Unternehmer ins Fäustchen lachen können: Sie sparen jährlich knapp 14 Milliarden Euro. Und werden sich nach 2010 massiv gegen eine Beteiligung an den Krisenkosten durch eine Erhöhung des

Beitragssatzes wehren: In der Krise dürfe man die Unternehmen auf keinen Fall „weiter“ belasten.

Kollabierende Steuereinnahmen

Während die Ausgaben des Staates dramatisch steigen, brechen auf der anderen Seite die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden weg.

Bis 2012 ergeben sich gegenüber den früheren Schätzungen Steuermindereinnahmen von zusammen über 300 Milliarden Euro.

Sogar diese Zahlen könnten sich noch als zu optimistisch erweisen. Im Juni brachen die gewinnabhängigen Steuern auf breiter Front ein – wesentlich stärker als erwartet. Die Körperschaftsteuer, die Aktiengesellschaften und GmbHS zahlen müssen, sank um mehr als die Hälfte. Gleichzeitig hat sich die Erstattung zu viel gezahlter Steuern des Vorjahres um über 150 Prozent erhöht. Steuerschätzer halten es nach Angaben des *Handelsblattes* für möglich, dass am Jahresende die Körperschaftsteuer wie zuletzt im Jahr 2001 negativ werden könnte. Dann müsste der Staat den Unternehmen bereits gezahlte Steuer zurück erstatten. Die Steuerschätzung hatte noch Einnahmen von knapp elf Milliarden Euro errechnet.

Auch bei der für die Gemeinden zentralen Gewerbesteuer muss nach Angaben des Deutschen Städtetages mit einem deutlichen Rückgang gerechnet werden. Minus 15 Prozent lautet hier die Hiobsbotschaft. 90 Prozent der Kommunen erwarten, dass Steuerausfälle bei ihnen höher sein werden als die zusätzlichen Einnahmen aus den Konjunkturpaketen.

Die Steuereinnahmen brechen dramatisch weg – wegen der Krise aber auch wegen fortgesetzter Steuergeschenke an Unternehmer und Reiche.

Das steuerliche Desaster wird durch Steuerpolitik der jetzigen wie der vorangegangenen rot-grünen Regierung noch verstärkt. 1998 betrug der Körperschaftsteuersatz noch 45 Prozent. Zuletzt wurde er mit der Unternehmensteuerreform 2008 der schwarz-roten Regierung von den verbliebenen 25 Prozent noch einmal auf ein historisches Tief von 15 Prozent abgesenkt. Das Aufkommen aus der Körperschaftsteuer war schon 2008 gegenüber 2007 von 23 auf 16 Milliarden Euro gesunken.

Auch bei der Lohnsteuer, nach der Mehrwertsteuer die zweitgrößte Steuer, ist ein Minus in Milliardenhöhe zu erwarten. Neben der steigenden Arbeitslosigkeit liegt dies

an besonderen Faktoren: die im Konjunkturpaket II beschlossenen Steuersenkungen sowie die vom Bundesverfassungsgericht eingeforderte Gewährung der Pendlerpauschale und der Absetzbarkeit von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen.

Agenda 2020 droht

Höhere Ausgaben bei wegbrechenden Einnahmen – welche Folgen das künftig haben wird, ist eine politische Frage. Nach den Planungen von Finanzminister Steinbrück steigt die jährliche Neuverschuldung sprunghaft an. 2007 und 2008 hatten die öffentlichen Haushalte nach neuen Berechnungen noch einen kleinen Überschuss erzielt. Für 2009 erwartet der Finanzminister ein Defizit von über 110 und für 2010 von über 130 Milliarden Euro.

Die Gesamtverschuldung des deutschen Staates steigt bis 2012 voraussichtlich auf zwei Billionen Euro.

Dies lässt auch die Gesamtverschuldung steigen. Sie stieg bis 2008 auf knapp 1,6 Billionen Euro an. Schon 2009 werden es 1,7 Billionen Euro sein und 2012 könnte die Zwei-Billionengrenze erreicht werden. Die Zinslasten würden aufgrund dieses Anstiegs trotz niedriger Zinsen allein für den Bund nach der gegenwärtigen Finanzplanung von 40 auf über 50 Milliarden Euro im Jahr steigen.

Die Agenda 2010 könnte sich als Vorspiel eines bislang ungekannten Sozialabbaus herausstellen.

CDU-Chefhaushälter Steffen Kampeter forderte, dass Steinbrück „Deutschland auch mit Ausgabenkürzungen aus der Schuldenfalle führt“.

Handelsblatt 4. Mai 2009

Wir müssen über Einschränkungen nachdenken. Die Handlungsspielräume werden in den nächsten Jahren sehr eingeschränkt sein. Für die neue Regierung gilt: Es werden dornenreiche vier Jahre.

SPD-Fraktionsvorsitzender Peter Struck, 17. Mai 2009

Die große Koalition aus CDU/CSU und SPD mit Unterstützung der FDP hat sich bereits mit der Schuldenbremse einen neuen Sachzwang geschaffen. Diese schränkt ab 2011 die Spielräume des Staates Schulden aufzunehmen stark ein. Bis 2016 muss die Zielvorgabe für den Bund erfüllt sein, nur noch 0,35 Prozent der Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt) an neuen Schulden aufzunehmen. Das wären

gegenwärtig etwa acht Milliarden Euro, also gerade einmal zehn Prozent der für 2010 geplanten Nettokreditaufnahme. Nach Berechnungen des Finanzministeriums ergibt sich allein aus der Schuldenbremse in den Jahren 2011 bis 2013 die Notwendigkeit einer gegenüber der bisherigen Finanzplanung zusätzlichen Einsparung in Höhe von 34,5 Milliarden Euro.

Steuersenkungsversprechen hier und Schuldenbremse dort:
selbstproduzierte „Sachzwänge“ zum Sozialabbau.

Die Union hat sich im Wahlkampf darauf festgelegt, Steuern nach der Wahl zu senken – um 15 Milliarden Euro. Nach anderen Berechnungen summieren sich die Ankündigungen sogar auf über 20 Milliarden. „Was wir mit der Kanzlerin vereinbart haben und was im Regierungsprogramm steht, wird realisiert“, sagt der CSU-Vorsitzende Seehofer. Die FDP gibt ihre Steuersenkungsversprechen mit über 30 Milliarden Euro an, nach Berechnungen des Bundesfinanzministeriums sind es 80, nach unseren Berechnungen sogar rund 100 Milliarden Euro. Dass dieses Wahnsinnsvorhaben umgesetzt werden kann, glauben allerdings selbst die eigenen Leute nicht. Und wenn, dann nur mit Steuererhöhungen zu Lasten der breiten Bevölkerung, wie sich der Kieler FDP-Spitzenkandidat Kubicki verplappert hat.

Im Rahmen einer umfassenden Steuerreform kann es auch sein, dass Steuern steigen. Beispielsweise muss man sich unterhalten, was machen wir mit der Mehrwertsteuer im Rahmen einer umfassenden Steuerreform.

Wolfgang Kubicki in Financial Times Deutschland, 2. September 2009

Der Griff zur Mehrwertsteuer ist alternativlos.

Clemens Fuest, Vorsitzender Wissenschaftlicher Beirat beim Finanzministerium

Mehrwertsteuererhöhung und Sozialabbau – dies wird uns nach der Wahl als ausweglos verkauft werden. In den Blick werden sofort die „großen Brocken“ sozialer Ausgaben kommen:

Rentenversicherung: Die Zuschüsse des Staates betragen gegenwärtig über 80 Milliarden Euro im Jahr. Sie waren in der Vergangenheit bereits im Fokus von Einsparmöglichkeiten. Rentenkürzungen oder höhere Beiträge wären die unweigerliche Folge, zumal 2010 bereits ein Defizit von vier Milliarden Euro erwartet wird.

Gesetzliche Krankenversicherung: Sinkende Beitragseinnahmen aufgrund der steigenden Arbeitslosigkeit werden bereits 2009 ein Finanzloch von knapp drei

Milliarden Euro reißen, 2010 sogar von über vier Milliarden Euro. Statt weniger Bundeszuschuss für den Gesundheitsfonds müsste er steigen. Verweigert das die neue Bundesregierung, werden die geplanten Zusatzbeiträge von bis zu einem Prozent des Bruttoverdienstes fällig. Gleichzeitig dürften die Leistungen weiter eingeschränkt werden. Die gesetzlich Versicherten wären die Dummen.

Hartz IV – Grundsicherung für Arbeitsuchende: Gegenwärtig werden hierfür 40 Milliarden Euro aufgewendet. Statt eine höhere, bedarfsgerechte und repressionsfreie Grundsicherung einzuführen droht ein weiterer Abbau. Der Berliner FDP-Spitzenkandidat Martin Lindner hat ausgesprochen, wohin es gehen soll: Er fordert eine Kürzung des Regelsatzes von Hartz IV um bis zu 30 Prozent.

Sozialhilfe für nicht oder nicht mehr Erwerbsfähige: Auch die dürfte bei bislang aufgewendeten 20 Milliarden Euro für findige Einsparer zum Objekt der Begierde werden.

Derweil verhängen immer mehr Länder und Kommunen bereits Haushaltssperren und tätigen nur noch die Ausgaben, zu denen sie gesetzlich verpflichtet sind. Investitionen werden gestrichen, die Infrastruktur verfällt. Der Abbau von Personal im öffentlichen Dienst wird fortgesetzt, obwohl schon jetzt der Mangel immer größer wird. Anfang 2010 stehen wieder Entgelt-Tarifverhandlungen für die Gemeinden an. Es ist zu befürchten, dass die öffentlichen Arbeitgeber Einkommenserhöhungen für völlig unfinanzierbar erklären werden. Dabei wären zusätzliche Lohn- und Gehaltszahlungen der öffentlichen Hände ein wirksames Mittel zur Stärkung der Binnen- nachfrage und damit gegen die Krise – wirksamer als jede Steuersenkung.

Die Alternative: Steuergerechtigkeit und sozial-ökologisches Umsteuern

Aus der Krise resultieren immense Belastungen der öffentlichen Haushalte und des Sozialstaats. Angesichts dessen sind alle Forderungen, pauschal oder für Unternehmen die Steuern zu senken, absolut unseriös und unverantwortlich. Die zur Gegenfinanzierung genannten Einsparungsforderungen sind völlig unzureichend, hochgradig unsozial und zudem krisenverschärfend.

Die Fans von Steuersenkungen behaupten, diese würden ein höheres Wachstum auslösen und sich dadurch selbst finanzieren. Das ist völlig unrealistisch. „Hat nie funktioniert“, sagt sogar Finanzminister Steinbrück. Um auf diese Weise mindestens 20 Milliarden Euro im Jahr – so teuer würden die Steuersenkungsversprechen des

CDU/CSU-Wahlprogramms – zusätzlich einzunehmen, müsste die jährliche Wirtschaftsleistung um etwa 100 Milliarden Euro wachsen. Das sind etwa vier Prozent – zusätzlich zu dem Wachstum, das sowieso schon eingeplant ist in den optimistischen Prognosen der Bundesregierung. Für die 100 Milliarden Euro Steuerausfälle des FDP-Programms wären zusätzlich 16 Prozent Wachstum erforderlich – dagegen wäre sogar das Wachstum Chinas bescheiden.

Steuersenkungen und Ausgabenkürzungen würden das Wachstum schwächen statt stärken.

Tatsächlich wird eine Politik der Steuersenkungen und öffentlichen Ausgabenkürzungen zu überhaupt keinem höheren Wachstum führen – im Gegenteil. Denn jede Senkung öffentlicher und sozialer Ausgaben, jeder Abbau öffentlichen Personals führt unmittelbar zu einem weiteren Rückgang der Binnennachfrage und zum Anstieg der Arbeitslosigkeit. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass diese negativen Wirkungen weitaus stärker sind als die positiven Nachfragewirkungen von „mehr netto“. Diese positiven Wirkungen sind außerdem umso schwächer, je mehr die Steuer- oder Abgabensenkungen Haushalten mit höherem Einkommen oder finanzkräftigen Unternehmen zugute kommen. Denn die Reichen werden einen Großteil der Steuerersparnis nicht ausgeben, sondern wieder in Finanzanlagen stecken.

Die soziale Alternative lautet: Reiche und Profiteure zur Kasse!

Genau andersherum wird ein Schuh daraus. Die Alternative zur Abwälzung der Krisenlasten auf Beschäftigte, Erwerbslose, Rentnerinnen und Rentner, Studierende, Schülerinnen und Schüler lautet: Reiche und Profiteure zur Kasse! Dazu hat ver.di das Konzept Steuergerechtigkeit entwickelt:

- Der Höchststeuersatz bei der Einkommensteuer muss auf 50 Prozent angehoben werden; Gering- und Normalverdiener müssen dagegen entlastet werden;
- Möglichkeiten von Reichen und Unternehmen, die Steuern klein zu rechnen, sind massiv einzuschränken;
- die Vermögensteuer muss mit einem Freibetrag von 500.000 wieder eingeführt werden; große Erbschaften müssen stärker besteuert werden;
- zur Stabilisierung der Finanzmärkte muss eine Steuer auf Börsenumsätze und andere Finanztransaktionen eingeführt werden.

Auf diese Weise können in der Summe 75 Milliarden Euro im Jahr zusätzlich an Steuereinnahmen erzielt werden. Dies ist notwendig, um die Kosten der Krise zu finanzieren und zusätzlich den notwendigen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft zu finanzieren.

Auf der anderen Seite werden die Mehrausgaben für ein Zukunftsinvestitionsprogramm für Bildung, Gesundheit und Umwelt, das zwei Millionen neue Arbeitsplätze bringt, sich zu über 50 Prozent selbst finanzieren. Denn mehr Beschäftigte bedeuten höhere Sozialbeitrags- und Steuerzahlungen und weniger Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung. Zudem erreichen wir so ein sozial sinnvolles und ökologisch verträgliches Wachstum und nicht wieder ein ungesteuertes kapitalistisches Wachstum, das die Natur zerstört und die Gesellschaft immer mehr spaltet.

Je länger und teurer die Krise wird, desto mehr müssen noch weitergehende Alternativen diskutiert werden. Etwa ein gesellschaftlicher Lastenausgleich, eine wirkliche Umverteilung von den Millionenvermögen zugunsten der Allgemeinheit. So wie in den 1930er Jahren mit dem *New Deal* in den USA. Mit bis zu 80 Prozent Einkommensteuer in der Spitze hat Roosevelt die Reichen belastet. Für große Erbschaften wurde ebenso viel fällig. Besondere Zeiten erfordern besondere Maßnahmen.